

Johann Baptist Schott und das neue Knabenschulhaus in Deggendorf

Erich Kandler

1. Die Vorgeschichte des Schulhausbaus

Bauliche Verhältnisse

Am 26. Juni 1895 inspizierte der königliche Regierungspräsident von Niederbayern Freiherr von Fuchs die Stadt Deggendorf und fand sich veranlaßt, in sein Tagebuch folgenden Vermerk einzutragen: „Das Knabenschulhaus befindet sich in einem höchst bußwürdigen unhaltbaren Zustande. Die Schulsäle sind viel zu klein für die Schülerzahl, die Treppenanlage ist feuergefährlich, die Pissoirs sind ausserhalb des Hauses im Hofe und in sehr schlechtem Zustande, die Aborte im Hause schlecht und ungenügend. Dem Hause selbst, in enger Straße gelegen, fehlt es an Licht und Luft.“¹

1894 bereits hatte die königliche Regierung auf diese Übelstände hingewiesen und dem Stadtmagistrat empfohlen, für den unumgänglichen Erweiterungsbau einen Fonds anzulegen². Anlaß dieser Kritik war das alte Knabenschulhaus in der Rosengasse (Haus Nr. 12), das 1863 von der Stadt erbaut worden war. Dadurch hatte die Kommune einen schon 1849 gefaßten Beschluß vollzogen³, nämlich Mädchen und Jungen getrennt zu unterrichten, wie es vor 1863 im gemeinsamen Schulhaus neben der Grabkirche am Eingang der Rosengasse noch nicht der Fall war. Da jedoch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Bevölkerung rasch wuchs⁴, erwies sich dieses Knabenschulhaus schon bald als zu klein. In der Werktagsschule z. B. waren während des Schuljahres 1882/83 dort 469 Schüler untergebracht und wurden von nur sechs Lehrern unterrichtet, woraus sich ein Durchschnitt von 67 Schülern pro Jahrgangsstufe errechnet. Da der sechste und siebte Schuljahrgang in einem Klassenverband zusammengefaßt waren, überschritt die Stärke einer derartigen Klasse oftmals hundert Schüler. Auch sicherheits- und feuerpolizeiliche Bestimmungen konnten in diesem Gebäude aufgrund der Überbelegung nicht mehr eingehalten werden. Wie gravierend die Regierung in Landshut diese Mißstände empfand, geht anhand eines Schreibens vom 6. Juli 1895 (zehn Tage nach dem Besuch des königlichen Regierungspräsidenten) an den Stadtmagistrat hervor, in dem die Stadt aufgefordert wird, binnen sechs Wochen über den Neubau eines Knabenschulhauses zu beschließen und bis dahin eventuell ein entsprechendes Projekt vorzulegen⁵.

Der Versuch, die Gemeinden auszusuchen

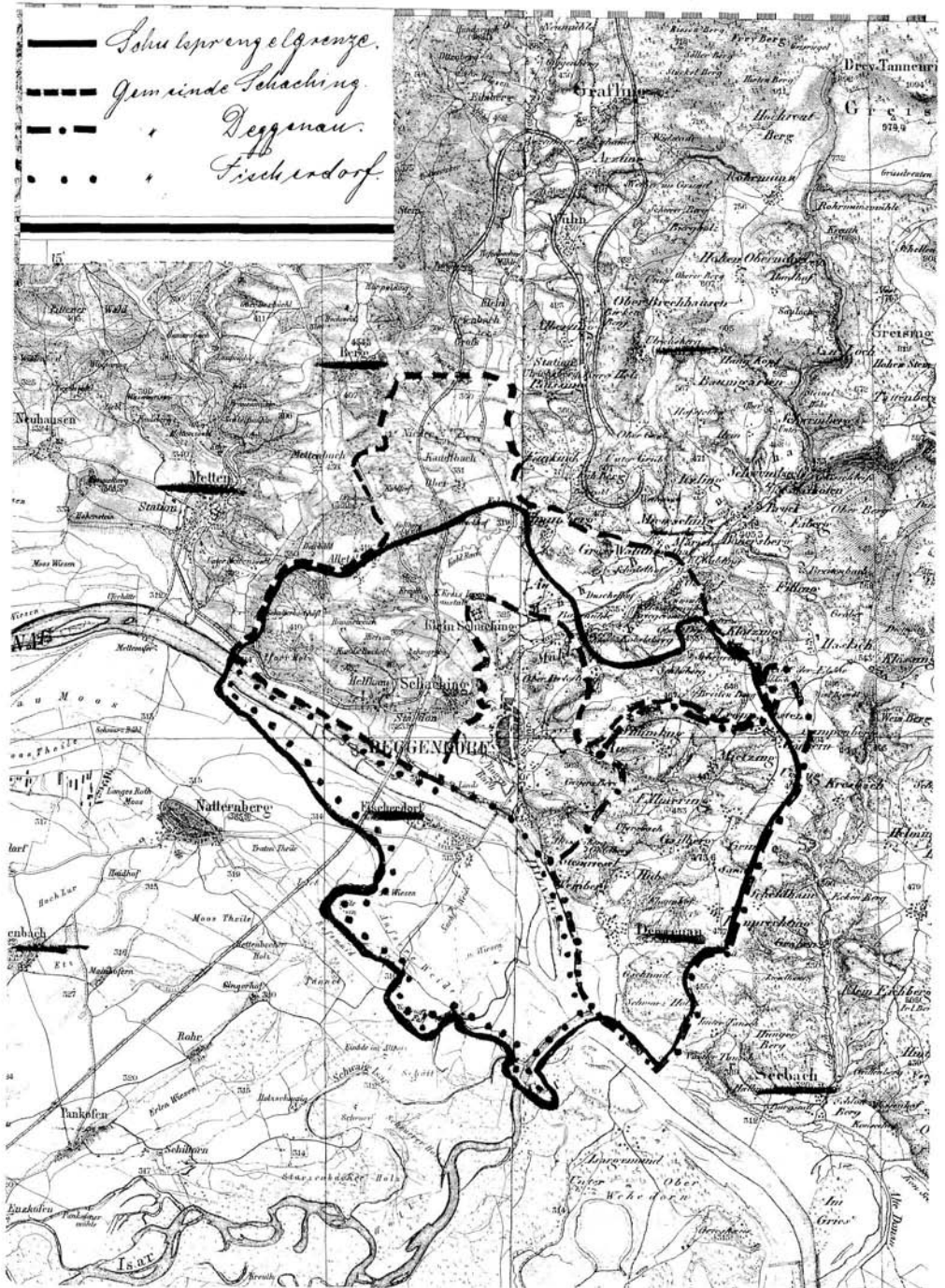
Die Stadtverwaltung befand sich nunmehr in einer heiklen Situation: Einerseits empfand auch sie die Dringlichkeit eines Schulneubaues, denn um alle Mängel zu beseitigen, war ein solcher nötig. Vor allem aber gab es am Gebäude der Knabenschule nicht die Möglichkeit, durch einen Anbau der Raumnot zu begegnen. Andererseits wollten auch kostspielige Projekte, wie z. B. die Kanalisierung oder die Elektrifizierung der Stadt, in Angriff genommen werden. Diesen Zwiespalt teilte man der Regierung mit und erbat eine Verlängerung der Entscheidungsfrist⁶. Erstmals taucht in diesem Schreiben auch der Gedanke auf, die Stadtschule von den eingeschulten Gemeinden abzuspalten und

diesen die Bildung einer eigenen Schule zur Auflage zu machen. Dieses Vorhaben würde es erlauben, die neue Schule für die Stadtschüler in einem kleineren Ausmaß zu errichten, während für die Landschüler das bisherige Knabenschulhaus ausreichend wäre. In der Magistratssitzung vom 15. Januar 1896⁷ war man sich darüber einig, den Schulhausneubau möglichst kostengünstig herzustellen und deshalb die Ausschulung der Landgemeinden Deggenau, Fischerdorf und Schaching aus dem Schulsprengel Deggendorf anzustreben. Ein zweiter Grund, Stadt- und Landschule voneinander zu trennen, war die Möglichkeit, den Kindern einen qualitativ besseren Unterricht zukommen zu lassen, da die Klassenstärken reduziert gewesen wären. Daher behauptete man, daß, wenn Schüler der Knabenschule in Konkurrenz mit Schülern anderer Schulen treten, sich ihr Mangel an guter Ausbildung bemerkbar mache. Die Beobachter der betroffenen Gemeinden konnten hinsichtlich der Ausschulung keine Zusagen machen, versprachen jedoch, dieses Thema in den nächsten Gemeindefitzungen zur Beschlußfassung vorzulegen. Die Stadt verpflichtete sich, eine positive Entscheidung der Landgemeinden vorausgesetzt, das alte Knabenschulhaus als Landschule zur Verfügung zu stellen. Aus dem Verlauf der Sitzung kommt deutlich zum Ausdruck, wie angespannt die Finanzen der Stadt damals gewesen sein müssen. Der Magistrat der Stadt sprach sich, ohne lange zu zögern, einstimmig für die billigste Lösung aus.

Die Vertretung des Gesamtschulsprengels Deggendorf trat am 26. März 1896 zu einer Sitzung zusammen, in der die Problematik des Schulhausneubaus einziger Punkt der Tagesordnung war. Man stimmte darin überein, die unhaltbaren Zustände des derzeitigen Schulbetriebes abzuschaffen und eine Neuorganisation des Schulwesens im Sprengel Deggendorf zu überdenken. Eine Beibehaltung von Stadt- und Landschule würde für einen effektiven Unterricht mindestens sechs Parallelklassen nötig machen und somit auch sechs neu anzustellende Lehrer. Demgegenüber würden bei Schaffung einer Landschule nur drei Lehrer zum Unterrichten angestellt werden müssen, da die Stadtschule das Lehrerkollegium der Knabenschule übernehmen würde. Die Schulsprengelvertretung faßte aus diesen Gründen einstimmig den Beschluß, „die Notwendigkeit der Erbauung eines neuen Knabenschulhauses in Deggendorf anzuerkennen und zur Einsparung von Kosten die Abtrennung des Unterrichts der Stadt- und Landkinder herbeizuführen“⁸. Zu dieser Sitzung der Gesamtschulsprengelvertretung ist anzumerken, daß diese Vertretung zum größten Teil aus Magistratsräten oder Bevollmächtigten des Gemeindegremiums Deggendorf gebildet war, und nur zwei Vertreter der drei betroffenen Landgemeinden anwesend waren. Den Vorsitz hatte der Bürgermeister der Stadt Deggendorf, Johann Nepomuk Kinskofer, inne.

Die Regierung von Niederbayern zeigte sich mit diesem Lösungsvorschlag einverstanden, forderte jedoch auch die beschlußmäßige Zustimmung der Gemeindeausschüsse der betroffenen Landgemeinden sowie ein Gutachten über die weitere Benutzbarkeit des alten Knabenschulhauses als Landschule.

Am 7. Juni 1896 folgten die Sitzungen der Gemeindeausschüsse. Alle drei entschieden sich gegen den Antrag der Stadt bzw. der Schulsprengelvertretung, da sie darin „eine Hintansetzung der drei dem Schulsprengel einverleibten Gemeinden Fischerdorf, Schaching und Deggenau unter ersichtlicher Bevorzugung des Stadtbezirkes Deggendorf“⁹ sahen. Die Gemeinden stellten den Antrag, das neue Knabenschulhaus so zu bauen, daß dort, wie bisher, Stadtschüler und Kinder der eingeschulten Gemeinden gemeinsam unterrichtet werden könnten. Die Beschlüsse der Gemeindefitzungen gleichen sich fast



Der Gesamtschulprengel Deggendorf, zusammengesetzt aus den Bezirken Deggendorf, Deggenuau, Fischerdorf und Schaching

wörtlich, weshalb mit Sicherheit eine Absprache der Landgemeinden untereinander anzunehmen ist.

Mit Schreiben vom 15. Juli 1896 mußte der Bürgermeister der Stadt Deggendorf der Regierung das Nein der betroffenen Gemeinden mitteilen. Doch Kinskofer, der sich in dieser Sache sehr engagierte, wie die Anzahl der von ihm handschriftlich verfaßten Aktennotizen zeigt, war nicht gewillt, die Entscheidung der Landgemeinden gelten zu lassen. Er drückte in dem Schreiben seinen Willen aus, auf dem Ausschulungsplan zu beharren und darüber nötigenfalls verwaltungsgerichtlich entscheiden zu lassen. Gleichzeitig richtete er aber auch einen Brief an die Gemeinden Deggenau, Fischerdorf und Schaching und forderte sie darin auf, ihren Standpunkt zu überdenken¹⁰. Er erklärte sich bereit, persönlich in den Gemeinderatssitzungen Rede und Antwort zu stehen bzw. in einer Besprechung mit den Gemeindebürgermeistern seinen Standpunkt darzulegen. Auch die Regierung versuchte, im Interesse einer Beschleunigung der Verhandlungen, zu vermitteln, und beauftragte das Bezirksamt Deggendorf, den Gemeinden die Vorteile einer Landschulverfassung zu verdeutlichen. Insbesondere die Möglichkeit, die Landschule in Winter- und Sommerschule mit verkürzter Unterrichtszeit zu teilen, würde für die ländlich strukturierten Gemeinden Fischerdorf und Schaching viele Annehmlichkeiten mit sich bringen. Dennoch bestanden die Gemeinden auf ihren Beschlüssen und brachten diese, wiederum in drei nahezu identischen Protokollen, dem Bezirksamt zur Kenntnis. Nun versuchte der Magistratsvorstand, eine instanzielle Entscheidung herbeizuführen. In der Stadtratssitzung vom 4. November sprachen sich die Räte einstimmig dafür aus, auf dem Beschluß zur Ausschulung vom 15. Januar 1896 bestehen zu bleiben und dieses Vorhaben auch gegen den Willen der Landgemeinden durchsetzen zu wollen.

Die Kommune trat deshalb an den Stadtbezirksschulinspektor H. H. Dekan Franz Xaver Leonhard mit der Bitte heran, ein Gutachten über die Schulverhältnisse im Schulsprenkel Deggendorf zu erstellen und darin auch zur Ausschulungsfrage der Landgemeinden Stellung zu nehmen. Leonhard hielt jedoch, sehr zum Mißfallen Kinskofers, die Einteilung des Schulsprenkels für zweckmäßig. Er bezeichnete die „Abtrennung der Landschulen und die Errichtung einer Landschule mit 3 Lehrern im alten Knabenschulhaus“ als ein „nur im alleräußersten Falle zu ertragendes Übel“¹¹.

Dennoch schien sich die Angelegenheit im Sinne der Stadt aufzuklären. Am 13. Februar 1897 berichtete Kinskofer sowohl dem Bezirksamt als auch der Regierung, daß nunmehr eine baldige Lösung zu erwarten sei. Anlaß dieser Zuversicht war ein Besuch des Bürgermeisters der Gemeinde Fischerdorf bei Kinskofer. Dabei erklärte ersterer die Bereitschaft der Gemeinden, die Landschulverfassung anzunehmen, wenn der bisherige Schulsprenkel beibehalten werde. Ein schriftliches Einverständnis der Landgemeinden sollte auf Veranlassung des Gemeindebürgermeisters baldmöglichst gefertigt werden. Die Gemeindegremien entschieden in ihren Beratungen jedoch anders: „Der Gemeindeausschuß Schaching lehnt die Übernahme des alten Schulhauses mit Einführung eines Landschulsystems auf's Entschiedenste ab, ist unter keiner Bedingung in eine Loostrennung vom Stadtschulsprenkel Deggendorf einverstanden, beantragt vielmehr ausdrücklich, daß auch für die Zukunft der Schulunterricht für die Knaben der Stadt Deggendorf u. jenen der Gemeinde Schaching gemeinsam und genau so, wie dies bisher Uebung war in ein und demselben Schulhaus erfolgen wird.“¹² „Dieser Beschluß wurde in der an die Sitzung sich anschließenden Gemeindeversammlung¹³ mit 72 : 0 Stimmen angenom-

men. Die anderen Landgemeinden legten dem Stadtmagistrat sinngemäß gleiche Protokolle vor.

Der Entscheid der Regierung

Die erneute Ablehnung des Ausschulungsantrages zeigte, daß eine Einigung nicht möglich war. In der Stadtratssitzung vom 12. Mai 1896 berieten die Magistratsräte noch einmal ausführlich zu diesem Thema. Dabei schob Kinskofer die schlechte Schulbildung der Schüler sowie die Überfüllung des bisherigen Knabenschulhauses in den Vordergrund. Er sah, wie er es auch in der Vergangenheit schon mehrmals erfolglos versucht hatte¹⁴, die Ausschulung der Landgemeinden aus dem Schulsprengel Deggendorf als einzig gehbaren Weg an, eine dauerhafte Lösung zu erzielen. Der Rat war derselben Meinung und protokollierte den einstimmigen Beschluß: „Es sei an die hohe Kreisstelle die gehorsamste Bitte zu stellen, die eingeschulten Gemeinden Deggenau, Fischerdorf und Schaching aus dem bisherigen Schulsprengel auszusondern und denselben die Bildung einer eigenen Schule zur Pflicht zu machen. Eventuell wollte eine Unterrichtsabteilung unter Annahme der Landschulverfassung seitens der Landgemeinde herbeigeführt werden¹⁵.“

Dieser Beschluß gelangte, nachdem das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten zustimmte, der Regierung zur Kenntnis, mit der Bitte über den Antrag des Stadtmagistrats zu beschließen. Doch die Regierung lehnte das Ansinnen des Rates ab und stellte fest:

- „ I. Es sei der Schulsprengel Deggendorf in seiner bisherigen Gestaltung zu belassen.
- II. Dem eventuell gestellten Gesuche der städtischen Kollegien von Deggendorf um Abtheilung der Knabenschule zu Deggendorf in eine Stadt- und Landschule sei eine Folge nicht zu geben.“¹⁶

Die Begründung dieser Entscheidung fußte auf sechs Punkten:

1. Durch eine Abtheilung bzw. eine Ausschulung der Landgemeinden würden althergebrachte Rechte verletzt.
2. Eine Übernahme der alten Knabenschule durch die Landgemeinden würde aufgrund der Reparaturbedürftigkeit dieses Gebäudes Kosten verursachen, die der Beteiligung der Landgemeinden an einem Neubau der Knabenschule gemeinsam mit der Stadt entsprächen.
3. Rechtsstreitigkeiten bei Aufteilung des gemeinsamen Schulfonds wären zu befürchten, da die Landgemeinden Grundstücksstiftungen machten, die bei einer Ausschulung zurückgefordert würden.
4. Im Falle einer Ausschulung bliebe der Sitz der Landschule in der Stadt Deggendorf. Damit hätte, den gesetzlichen Bestimmungen nach, die Stadt die Verwaltung über das Schulvermögen inne, was nach Meinung der Regierung „immerwährenden Streit und Mißmut auf Seiten der Landgemeinden zur Folge (hätte)“¹⁷.
5. Aufgrund des oben erwähnten Leonhardschen Gutachtens erachtete die Regierung es auch als schwierig, mit nur drei Cooperatoren den Religionsunterricht in zwei verschiedenen Gebäuden zu erteilen.
6. Eine Zwangsausschulung wäre nur zu vertreten, wenn den Schulkindern bzw. der Schule wesentliche Vorteile erwachsen würden, was in dieser Angelegenheit nicht der Fall ist.

Der Stadtrat war jedoch nicht gewillt, diese Entscheidung hinzunehmen. Unmittelbar nach Erhalt des Bescheides entschloß man sich, auf die Ausschulung der Landgemeinden zu bestehen und gegen den Spruch der königlichen Regierung von Niederbayern beim Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten Beschwerde einzulegen¹⁸. Kinskofers Beschwerdebegründung¹⁹ beschränkte sich auf eine Widerlegung des Regierungsbescheides. Punkt für Punkt versuchte er die Argumente der Regierung zu entkräften und den kommunalen Standpunkt darzustellen. So verwies er z. B. darauf, den Landgemeinden im Falle einer Ausschulung das alte Knabenschulhaus umsonst zu überlassen und sogar die Reparaturkosten mitzutragen, was mit der finanziellen Beteiligung der eingeschulten Gemeinden an einem Neubau nicht zu vergleichen sei. Auch Rechtsstreitigkeiten bei einer Aufteilung des gemeinsamen Schulvermögens befürchte die Stadt nicht, da sie gewillt sei, das einzige gemeinsame Vermögen, nämlich das Knabenschulhaus, den Landgemeinden zu überlassen. Von der Existenz von Grundstiftungen habe die Stadt keine Kenntnis. An der Erteilung des Religionsunterrichtes in zwei Gebäuden zweifelte Kinskofer nicht, da dazu auch die zahlreichen Redemptoristen, die in Deggendorf wohnten, herangezogen werden könnten.

Obwohl dieser Widerspruch den Bescheid der Regierung von Niederbayern in Frage stellte, entschied das königliche Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten gegen die Kommune. Insbesondere verwies die Spruchstelle auf die Weigerung der Gemeinden Deggenau, Fischerdorf und Schaching, sich aus dem Schulsprenkel ausschulen zu lassen. Nach Art. 2 Abs. 4 des Schulbedarfsgesetzes von 1861 war eine zwangsweise Errichtung einer Landschule nur für Fälle vorgesehen, in welchen die Entfernungen zur bisherigen Schule mehr als eine Stunde betragen²⁰.

Auch die Abtrennung der Knabenschule in eine Stadt- und Landschule erachtete das Staatsministerium als undurchführbar. Vor allem das Vorhaben, in einem Schulsprenkel zwei verschiedene Schulsysteme für Knaben- und Mädchenschule praktizieren zu wollen, erregte dort Unverständnis.

Am 12. Januar 1898 teilte die Regierung von Niederbayern der Stadt Deggendorf die Entscheidung des Staatsministeriums mit und beauftragte sie gleichzeitig, ein Bauprogramm für den Neubau aufzustellen. Seit dem Besuch des Regierungspräsidenten Freiherrn von Fuchs waren zweieinhalb Jahre verstrichen, ohne daß sich an dem „höchst bußwürdigen Zustande“ des Knabenschulhauses etwas geändert hätte, oder daß eine konkrete Planung für einen Schulhausneubau erfolgt wäre. Statt dessen versuchte die Stadt, den Neubau des Knabenschulhauses möglichst lange hintanzustellen und den Landschulen die Bildung einer eigenen Schule aufzutragen, nur um selbst eine kostensparende Lösung zu finden.

2. Die Planungsphase 1898/99

Das endgültige „Nein“ der königlichen Staatsregierung zu den Ausschulungsplänen der Stadtgemeinde veranlaßte den Magistratsrat Deggendorf, nunmehr zu handeln. Bürgermeister Kinskofer teilte den Stadträten in einer Sitzung²¹ die Entscheidung des Staatsministeriums mit und schlug gleichzeitig vor, eine Kommission zur Lösung der Standortfrage des neu zu errichtenden Schulhauses zu bilden. Diese Kommission setzte sich aus Mitgliedern des Stadtrates und des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten zu-

sammen. Seitens des Magistrates ordnete man Bürgermeister Kinskofer und Stadtrat Haller ab, während die Herren Kiefl, Rethbauer, Wurstbauer und Zierer als Vertreter der Gemeindebevollmächtigten in diese Schulplatzkommission delegiert wurden. Die Kommission war ermächtigt, Schulgebäude anderer Städte zu besichtigen, um deren Erfahrungen verwerten zu können. Außerdem beschloß man in dieser Sitzung, die Plananfertigung und Kostenberechnung für das neue Knabenschulhaus durch einen Architekten vornehmen zu lassen.

Der Architekt Johann Baptist Schott

Kurz nachdem das Projekt eines Schulneubaus in der Presse veröffentlicht war, bewarb sich der Münchner Architekt Johann Baptist Schott um die Plananfertigung und die Kostenvorveranschlagung. Johann Schott kam am 31. Juni 1853 als einziger Sohn eines Kaufmanns in Schönau bei Bad Kohlgrub in Oberbayern zur Welt. Er studierte in München und wohnte dort auch seit 1880. 1896, im Jahr seiner Hochzeit mit der aus dem niederbayerischen Pfeffenhausen stammenden Anna Rucker, erlangte er das Bürgerrecht. Seine Arbeiten führte er vornehmlich in Niederbayern aus, wie zahlreiche Schulhausbauten und Kirchenbauten ²² beweisen. In seiner Bewerbung weist Schott auf Erfahrungen auf dem Gebiet des Schulbaues hin und führt das Mädchenschulhaus in Zwiesel, die katholische Schule in Ortenburg, das Knabenseminar in Passau sowie das kombinierte Rat- und Schulhaus in Mainburg als Beispiele an ²³. Sein bekanntestes Bauwerk entstand aber erst in den letzten Jahren seines Lebens: Die St.-Anna-Basilika in Altötting, an der Schott von 1910–1912 arbeitete. Diese war auch der Anlaß einer späten Würdigung seiner Verdienste. Er wurde kurz vor seinem Tode am 14. Juli 1913 von Prinzregent Luitpold in den persönlichen Adelsstand erhoben.

Als sich Schott mit Schreiben vom 22. Februar 1898 um die Plananfertigung zum Knabenschulhaus in Deggendorf bewarb, arbeitete er gerade an der Errichtung der St.-Stephans-Kirche in Pleinting. Dort versah er auch die Aufgabe der Bauleitung, weshalb er oftmals in diese Gegend kam und dem Bürgermeister anbieten konnte, die in Aussicht genommenen Bauplätze zu besichtigen.



Unterschrift des Architekten Johann Baptist Schott

Die Bauplatzsuche

Doch bisher war sich die Schulbaukommission noch nicht einig, auf welchem Platz die neue Knabenschule errichtet werden sollte. Vorerst steckten die Kommissionsmitglieder nur die Rahmenbedingungen ab, die der Bauplatz erfüllen mußte. Eine Mindestgröße von 80 Dezimal sowie die Vorschriften der „Anleitung über die bautechnische Behandlung von Schulhausbauten“ ²⁴ sollten nach Möglichkeit beachtet werden. In dieser Anleitung ist die Mindestgröße von Schulgängen, das Verhältnis der Fenster zum Rauminhalt, die Breite der Treppen vorgeschrieben, aber auch Regelungen zur Lage des

Gebäudes enthalten. So sollte z. B. eine Schule „eben und trocken, hochgelegen, ferne von Wirtschaften und Kegelbahnen etc. und verkehrsreichen Plätzen oder Straßen, (und) nicht in der Nähe eines Kirchhofes gelegen (sein)“²⁵.

Erst in der zweiten Sitzung dieser Kommission traten die Mitglieder in eine Diskussion über bestimmte Bauplätze ein und erarbeiteten sieben Vorschläge:

1. Der Platz neben dem alten Knabenschulhaus,
2. Der Platz, auf welchem das Katharinenspital steht,
3. Ein „noch näher zu bezeichnender Platz am nordöstlichen Stadtgraben“²⁶,
4. Der Platz neben dem Kapuzinerstadel,
5. Der Platz des Brehmschen Anwesens mit dem Neumeierschen Wiesteil, heute Haslacher Straße 1,
6. Das Kochlöffel-Anwesen, heute Pandurenweg 9,
7. Das Schmerbeck-Anwesen, heute Pandurenweg 7,

Am 15. März 1898 bat der Stadtmagistrat Deggendorf Schott, die von der Kommission in Aussicht genommenen Bauplätze zu prüfen, worauf Schott diese am 28. März begutachtete. Zu diesem Zeitpunkt hatte Bürgermeister Kinskofer bereits ein provisorisches Bauprogramm erstellt, das auf statistischen Erhebungen der Standesämter der Stadt und der eingeschulten Gemeinden beruhte. Es umfaßte 12 Schulsäle zu je 80 m², einen Zeichensaal zu 80 m², ein Lehrmittelzimmer mit Bibliothek, ein Konferenzzimmer sowie eine Hausmeisterwohnung. Eine Turnhalle war ebenfalls in das Bauprogramm miteinbezogen.

Schott berichtete dem Magistrat am 6. April von seinem Befund. Die Bauplätze 1 und 5 erschienen bei der Besichtigung die beiden günstigsten zu sein, es war jedoch fraglich, das Bauprogramm auf diesen Arealen unterzubringen. Er legte seinem Gutachten Grundrißskizzen zu diesen beiden Bauplätzen bei, in denen er der Stadt bereits verschiedene Lösungsvorschläge unterbreitete.

Hier muß eingeflochten werden, daß die Stadtverwaltung bereits anfangs März 1898 mit den Besitzern der an die projektierten Bauplätze angrenzenden Gebäude eine Besprechung abhielt, bei der u. a. der Besitzer des Hauses Nr. 109 sich ebenso bereit erklärte, sein Haus samt dem dazugehörigen Grundstück und den Nebengebäuden an die Stadtgemeinde zu verkaufen, wie der Besitzer von Haus Nr. 338 1/4. Für dieses in Frage stehende Areal verlangte der Besitzer Jakob Weber eine Summe von 19 000 M. Dafür würde er jedoch bereit sein, sein Haus sofort nach Aufforderung zu verlassen²⁷.

Gegenüber dem Bauplatz 5, der einen bizarren Grundriß erfordert und aufgrund seiner Grenzen eine schlechte Ausnutzung der Gesamtfläche geboten hätte, war der Vorschlag 1 trotz seiner etwas kleineren Grundstücksfläche für die Belange des geplanten Knabenschulhauses völlig ausreichend, wie Schott in vier kleinen Skizzen nachwies. Ein Schulbau in der Rosengasse hatte aber auch noch andere Vorteile gegenüber den übrigen Standortvorschlägen. Das neue Schulhaus käme in der Nähe des gewohnten Schulortes zu stehen, durch den Bau verschwänden einige kleine alte Häuser und Hütten, und die Rosengasse könnte bis zum Stadtgraben durchgeführt werden. Zur Kostenfrage äußerte Schott sich nur ganz allgemein. Er berechnete überschlagsmäßig den umbauten Raum, der sich aufgrund des Bauprogrammes und der zur Verfügung stehenden Fläche ergab, und schätzte den Gesamtpreis des Baues auf 200 000 M.

Kinskofer konnte mit Schreiben vom 16. April 1898 der Regierung von Niederbayern

mitteilen, daß die Planung des Gebäudes nunmehr Gestalt annehme und bereits ein Architekt damit beauftragt sei. Auch die Frage des Schulstandortes werde bereits durch die Schulplatzkommission gelöst.

Am 25. April 1898, nachdem die Kommission das neu erbaute Mädchenschulhaus in Straubing besucht hatte, schreibt Kinskofer dem Architekten seine Vorstellungen bezüglich der Raumaufteilung im geplanten Schulhaus. Schott hatte bereits am 6. April einige Entwürfe bei der Stadtverwaltung eingereicht, auf die der Bürgermeister nunmehr seine Korrekturen bezog. Dem ganzen Schreiben Kinskofers ist die Begeisterung über den Besuch der Schule in Straubing anzumerken, und Kinskofer gibt auch deutlich zu verstehen, daß er einen Grundriß ähnlich dem der besuchten Schule zu planen wünsche. So regt Kinskofer z. B. an, einen Teil der Klassenzimmer nach Osten, den anderen Teil nach Westen zu legen, in der Mitte durch einen hellen lichten Gang geteilt, der durch Fenster an den Enden sein Licht erhalte²⁸. Auch die Idee, ein Brausebad in den Keller zu bauen, übernahm Kinskofer vom Beispiel in Straubing. In seinem Schreiben spricht der Bürgermeister auch die von Schott auf 200 000 M geschätzten Baukosten an und bittet Schott, diese noch einmal auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen. Schott bestätigt am 29. April die Höhe der Kosten und verspricht, die Anregungen des Magistratsvorstandes in seinen weiteren Skizzen zu berücksichtigen. Drei Tage nach diesem Brief legt Schott bereits fünf weitere Grundrißskizzen zum Knabenschulhaus vor. Dabei ist in allen Skizzen ein zweistöckiges Gebäude mit angebauter Turnhalle geplant. Die benötigte Grundfläche liegt zwischen 900 und 1000 m².

Am 4. Mai 1898 fixierte Kinskofer das bisher provisorische Bauprogramm schriftlich und legte es dem Magistrat zum Beschlusse vor. Es umfaßte, zusätzlich zu den bereits erwähnten 12 Schulzimmern, der Hausmeisterwohnung, dem Lehrmittel- und Konferenzzimmer auch ein Brausebad, das nach dem Muster des neuen Straubinger Mädchenschulhauses gebaut werden sollte, sowie eine moderne Niederdruckdampfheizung. Wie wenig damals der „modernen Technik“ Vertrauen entgegengebracht wurde, geht aber aus der einschränkenden Bemerkung hervor, daß der Planer sowohl die Dampfheizung als auch eine Befuerung mit herkömmlichen Kachelöfen — sogenannte Schulöfen — in Rücksicht nehmen solle²⁹. Diesem Bauprogramm stimmte der gesamte Stadtrat noch am gleichen Tag einstimmig zu.

Eine Untersuchung des Bodens des in Frage kommenden Bauplatzes durch den Bezirksarzt Dr. Spät ergab ein positives Ergebnis. Das Areal bestand aus einer ca. einen Meter dicken festen Humuslage, die, mit Ziegelbrocken vermischt, aufgeschütteter Boden war. Dann kam eine Lage nasser schwarzer Sand, der, so vermutete Dr. Spät, ebenfalls von einer Auffüllung herrührte, vielleicht von einem Brande, da die Farbe des Sandes die von Brandschutt war. Als nachteilig sah der Bezirksarzt den niedrigen Grundwasserspiegel an, da bereits in einer Tiefe von einem Meter Wasser aus den Seitenwänden der Schürfruben drang. Doch war dieser hohe Grundwasserspiegel keine Seltenheit für Deggendorf. Beim Bau mußte jedoch Sorge dafür getragen werden, Grundmauern aus wasserbeständigem Material zu schaffen.

So zügig nun die Planungsarbeiten auch voranzugehen schienen, sollten dennoch ungeahnte Schwierigkeiten auftreten: Am 16. Mai 1898 trat der Gesamtschulsprenkel in einer Sitzung³⁰ zusammen und beriet die Beschlüsse des Magistrats aufs neue. In dem überlieferten Protokoll zeigte sich die Schulsprengelvertretung mit dem Bauprogramm einverstanden, bestimmte aber den Bauplatz nicht neben dem damaligen Knabenschul-

haus, sondern forderte, den Neubau auf dem Platz des Schulhauses zu errichten. Für die Dauer des Neubaus sollte die Fortbildungsschule sowie die Knabenschule provisorisch anderweitig untergebracht werden. Diesbezüglich schrieb Kinskofer in der folgenden Woche an die Stadt München, um sich dort nach Erfahrungen mit Schulbaracken zu erkundigen.

Doch auch diesem Plan, die neue Knabenschule auf dem von der Vertretung des Gesamtschulsprenghs am 16. Mai 1898 ausgewählten Bauplatz zu errichten, war keine lange Lebensdauer beschieden. Bereits am 23. Juni 1898 verlangte das gleiche Gremium, welches dies beschlossen hatte, daß nunmehr das alte Knabenschulhaus nicht abgebrochen werden sollte und nur die Fortbildungsschule und die Gebäude Haus Nr. 111 1/2 und 111 in der Rosengasse abgetragen werden sollten, um auf diesem Grund ein neues Schulgebäude entstehen zu lassen. Man ging dabei von der Ansicht aus, daß dieses Vorgehen die Kosten des Bauplatzes wesentlich verbillige.

Eine Ortsbesichtigung jedoch zeigte, daß, um einen ausreichenden Bauplatz zu schaffen, auch verschiedene Wirtschaftsgebäude in den Hinterhöfen erworben werden mußten, was diesen Plan wiederum kostspieliger als den ursprünglichen hätte werden lassen. Deshalb beschloß die Gesamtschulsprenghelkommission: „Es sei auf dem Beschluß vom 16. Mai dieses Jahres zu verharren, somit der damals in Aussicht genommene Bauplatz beizubehalten . . .“³¹

Aufgrund dieses Vorhabens forderte Bürgermeister Kinskofer den Architekten Schott auf, ein Kostenangebot für die Planzeichnung zu unterbreiten. Das Knabenschulhaus sollte an Stelle des bisherigen Schulhauses und der daranstoßenden Fortbildungsschule dreistöckig mit Parterre entstehen. Die vorübergehende provisorische Unterbringung der Schüler sollte in einer Schulbaracke geschehen, für die Baumeister Raith gebeten werden sollte, Kostenvoranschläge und Baupläne zu erstellen.

Kinskofer muß sich gegenüber der Regierung von Niederbayern wenig glaubwürdig vorgekommen sein, als er sich am 13. Juli 1898 wiederum gezwungen sah, der Regierung eine erneute Verlegung des geplanten Bauplatzes für das neue Knabenschulhaus mitteilen zu müssen. Diesmal — es war bereits die fünfte Festlegung eines Bauplatzes — weigerte sich das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten, das alte Knabenschulhaus sowie das im Besitze der Stadt befindliche Gebäude der Fortbildungsschule als Bauplatz zur Verfügung zu stellen. Statt dessen schlugen die Gemeindebevollmächtigten erneut das benachbarte Grundstück vor, das bereits im März 1898 im Gespräch war und für das Schott bereits Skizzen gefertigt hatte. Auf Grund der schwierigen Meinungsumbildung innerhalb des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten und der Dringlichkeit einer Lösungsfindung beschloß die Gesamtschulsprenghelvertretung einstimmig, „als Bauplatz für das neu zu erbauende Knabenschulhaus den vom Collegium der Gemeindebevollmächtigten in Anregung gebrachten . . . Platz zu bestimmen“³².

Vorbereitungen zur Bauausführung

Sogleich nach dieser Beschlußfindung leitete Bürgermeister Kinskofer die nötigen Schritte zur Bebauung ein. Er bat den Deggendorfer Stadtbaumeister Raith, einen genauen Lageplan des Bauplatzes sowie einen Nivellementsplan in den Richtungen N – S und O – W anzufertigen. Bezirksarzt Dr. Spät sollte ein Gutachten über eine Eignung des Bodens vom sanitären Standpunkte aus erstellen, sowie eine allgemeine Untersu-

chung der Bodenverhältnisse vornehmen, während der Stadtschulreferent H. H. Geistlicher Rat Leonhard ein Gutachten über die Tauglichkeit des ausgewählten Platzes aus seiner Sicht abgeben sollte. Bereits Anfang August konnte Kinskofer der Regierung diese Gutachten vorlegen. Am 17. August antwortete die Regierung, daß gegen diesen Bauplatz keine Einwände erhoben werden.

Eine Zusammenkunft am 19. August mit den Hausbesitzern Weber und Stern (dies waren die Eigentümer der auf dem geplanten Baugelände stehenden Häuser) ergab eine dahingehende Einigung, daß beide ihre Häuser und Grundstücke an die Stadt zu verkaufen gewillt waren. Der Preis für die beiden Gebäude betrug 32 500 M. Die Verbriefung erfolgte am 20. August.

Noch am gleichen Tag handelte Kinskofer mit dem Bezirksbautechniker August Steger die Vergütung für die Übernahme der Bauaufsicht aus. Diese wollte man nämlich nicht dem Architekten überlassen, da Schott aufgrund seines Wohnortes die längste Zeit nicht erreichbar war. Kinskofer und Steger einigten sich auf ein Honorar von 1000 M.

Auch Schott wurde aufgefordert, umgehend seine Honorarvorstellungen für die bloße Anfertigung des Kostenvoranschlages sowie der Pläne mitzuteilen. Da er aber nur vage Hinweise auf seine Bezahlung gab, teilte ihm der Bürgermeister am 21. August 1898 kurz und bündig mit: „Wir sind der Meinung, daß 2000 M für eine sechswöchentliche Arbeit nicht zuwenig Verdienst ist, und müßten uns unlieber Weise an einen anderen Sachverständigen halten, wenn wir nicht *umgehend* eine entsprechende Antwort erhalten könnten. Selbstredend würde dann auch der bereits beschlossene Realschulgebäudebau Ihnen entgehen.“^{33c} Am nächsten Tag bereits antwortete Schott, den Auftrag übernehmen zu wollen, strich aber deutlich heraus, daß von einer sechswöchigen Arbeit keine Rede sein könne. Er veranschlage seine für diesen Bau aufzuwendende Zeit auf etwa sieben bis acht Monate. Dennoch erklärte er sich auf nochmaliges Nachfragen seitens der Stadtverwaltung bereit, für ein Honorar von 2000 M die Anfertigung von Plänen, Kostenvoranschlägen und Details zu übernehmen. Auch die bereits gemachten Skizzen sollten in diesem Betrag enthalten sein.

Am 31. August beauftragte der Stadtmagistrat den Architekten Johann Schott offiziell, die Arbeiten zum Bau des neuen Knabenschulhauses zu beginnen. Schott reiste deshalb am 10. September 1898 nach Deggendorf, um sich in einer mündlichen Aussprache mit den maßgebenden Personen eine Vorstellung von der von ihm übernommenen Aufgabe zu machen. Leider ist von dieser Besprechung keine Mitschrift überliefert, doch kann Schott noch keine definitiven Aufträge bezüglich der Plananfertigung erhalten haben, da der Gesamtschulsprenkel erst am 14. September über so grundlegende Fakten diskutierte, wo der Eingang am neuen Gebäude zu legen sei und ob das Gebäude zwei- oder dreistöckig erstellt werden sollte. Auch die Frage nach der Art und Weise, wie die Turnhalle zu bauen sei, war noch nicht geklärt. In dieser Aussprache faßten die Mitglieder dieses Ausschusses den Beschluß, die Grundrisse vorerst in zweifacher Ausfertigung, einmal als zwei- und einmal als dreistöckiges Gebäude anfertigen zu lassen. Der Eingang sollte an der Ostseite, also der Grabenseite sein, die Turnhalle sollte für sich, aber wenn möglich nach rückwärts angelegt werden. Bezüglich ihrer Größe sollte darauf Rücksicht genommen werden, daß sie von der zu errichtenden Realschule mitgenutzt werden könne. Eine Niederdruckdampfheizung sollte eingeplant werden, damit eine solche später leicht eingeführt werden kann. Die Fassade sollte einfach werden,

einem Schulhause entsprechend. Das Anwesen des Maurers Bindl muß vermieden werden³⁴.

Nachdem Schott von diesen Beschlüssen Kenntnis genommen hatte, schrieb er umgehend dem Stadtmagistrat Deggendorf von seinem Unbehagen, das er bei dem Gedanken an ein dreistöckiges Schulgebäude empfand. Aufgrund der vorgeschriebenen Höhen der Klassenzimmer würde ein dreistöckiges Schulhaus an der Hauptgesimsunterkante mindestens 20 m Höhe erhalten und somit über alle anderen Gebäude der Stadt isoliert herausragen. Dreistöckige Schulhäuser finde man zudem nur in Großstädten, wo der Bodenwert ein bedeutendes Kostenmoment sei. Dennoch legte er seinem Schreiben vier Grundrisse von dreistöckigen Gebäuden bei, und drei Skizzen von zweistöckigen Gebäuden. Auch drängte Schott darauf, endlich einen Grundriß auszusuchen, um eine Grundlage zur weiteren Plananfertigung zu haben. Auch bezüglich der Niederdruckdampfheizung erlaubte sich Schott die Bitte, diese beschlußmäßig einzurichten, da er in der Plananfertigung die erforderlichen Mauerstärken berücksichtigen müsse und die Nichtbeachtung einer solchen den Mehraufwand an Mauerwerk nicht rechtfertige. Der Gesamtschulsprengel trat daraufhin erneut zusammen und sprach sich in seiner Beschlußfassung für die Anregungen des Architekten aus. Kinskofer teilte deshalb unterm 28. September 1898 der Aufsichtsbehörde mit, daß das Gebäude zweistöckig gebaut werden solle, die Niederdruckdampfheizung vorgesehen sei und eine freistehende Turnhalle gebaut werden sollte. Gleichzeitig mit diesem Bericht übersandte Kinskofer die von Schott angefertigten Grundrisse an die Regierung und bat, diese technisch zu prüfen.

Dennoch sollte der Fortgang der Planungsarbeiten verzögert werden. Am 11. Oktober 1898 schickte Schott eine weitere Ausarbeitung zu seinen vorgestellten Grundrissen. Es handelte sich dabei um einen Grundriß im Maßstab 1 : 200 sowie um eine Fassadenansicht. Diese Arbeiten müssen die Verantwortlichen in Deggendorf derartig beeindruckt haben, daß sie die zwischenzeitlich genehmigten Grundrisse hinstellten und sich in der Gesamtschulsprengelversammlung einstimmig für den neuen Grundriß entschieden.

Inzwischen beauftragte der Stadtmagistrat die Schulsprengelverwaltung, die beiden zum Abbruch bestimmten Häuser durch städtische Arbeiter abtragen zu lassen. Aber es stellten sich neuerdings Probleme in den Weg, welche den Baubeginn hinauszuschieben geeignet waren. Diesmal war es Bezirksarzt Dr. Spät, der Bedenken an der Fäkalienentsorgung anmeldete. Er bezweifelte, daß das nur in rohem Mauerwerk aufgeführte und mit nur leichtem Gefälle ausgestattete Kanalsystem unbedenklich funktionieren werde, wenn es so belastet würde, wie dies durch die neue Knabenschule zu erwarten war. Dr. Spät wollte den Neubau der Schule nur bei Anlegung entsprechend großer Klärgruben oder bei einem Anschluß an ein modernes Kanalsystem genehmigen. Kinskofer schreibt nun der Regierung, daß eine moderne Kanalisierung der Stadt schon seit langem geplant sei und daß dieses Projekt in spätestens drei Jahren abgeschlossen sein werde. Bis dahin wollte der Bürgermeister einer Verseuchung des Bodens mit der Anlage einer herkömmlichen Klärgrube und der Verwendung von desinfizierenden Mitteln begegnen. Nochmals verwies er auf den kurzzeitigen Übergangszustand einer derartigen Lösung. Am 28. November 1898 antwortete die Regierung von Niederbayern mit der Genehmigung des neuesten Entwurfes von Schott, machte jedoch die Auflagen, eine Spülvorrichtung in den Toiletten einzurichten und bis zur Vollendung

der städtischen Kanalisation eine Klärgrube anzulegen. Es dürften nur genügend geklärte Flüssigstoffe in das derzeitige Kanalsystem abgeleitet werden.

Bemerkenswert an dem gesamten Schriftverkehr ist die Planung einer Turnhalle, die sogar an das Heizsystem des Schulhauses angeschlossen werden sollte. Aus welchen Gründen diese Halle nicht gebaut wurde, ist nicht bekannt. Jedenfalls sah Schott sie in seinen Bauplänen vom 4. Februar 1899 vor. An diesem Tag nämlich legte er die fertigen Pläne zum Knabenschulhaus und der Turnhalle vor, nebst einem Kostenvoranschlag für das Schulhaus. Leider sind diese endgültigen Pläne Schotts nicht mehr auffindbar. Daß sie sich von den zuletzt genehmigten Plänen unterscheiden, geht schon anhand eines Vergleichs dieser Skizze mit dem tatsächlich ausgeführten Gebäude hervor.

Erhalten geblieben ist jedoch der Kostenvoranschlag³⁵ für das Knabenschulhaus, der sich auf 150 000 M beläuft. Darin wird genau veranschlagt, welche Arbeiten zum Bau des Knabenschulhauses nötig sind und wie teuer sie voraussichtlich zu Buche schlagen. So veranschlagte Schott in einer abschließend aufgestellten Zusammenstellung für:

Erdarbeiten	3 926 M
Maurerarbeiten	78 192 M
Zimmermannsarbeiten	11 092 M
Spenglerarbeiten	4 291 M
Schreinerarbeiten	16 678 M
Schlosserarbeiten	2 274 M
Hafnerarbeiten	572 M
Glaserarbeiten	2 171 M
Malerarbeiten	3 364 M
Zentralheizung	17 000 M
Installateurarbeiten	7 000 M
Skizzen, Pläne, Details, Anschläge, Bauleitung und sonstige architektonische Arbeiten	3 440 M
<hr/> Gesamtsumme	<hr/> 150 000 M

Kurze Zeit später kam eine weitere Kostenberechnung seitens Schott in den Posteinlauf der Stadt. Dabei handelte es sich um die Veranschlagung der Turnhalle beim Knabenschulhaus, deren Kosten der Architekt detailliert auf 20 000 M berechnete. Das geplante Projekt wäre die Stadt also auf ca. 200 000 M gekommen, da zu den Voranschlägen auch noch die Preise der gekauften Grundstücke hinzukommen.

Anfang März des Jahres 1899 stellte die Stadtverwaltung der Regierung alle bis dahin erstellten Pläne und Kostenvoranschläge zu und legte den Vermerk bei, daß sie zwar durch den Beschluß, Wasserklosetts im neuen Schulhaus einzurichten, gegen die eigenen Vorschriften verstoßen, jedoch so bald als möglich eine neue Kanalisation durchführen würden. Mit der Bitte, im Hinblick auf die nächste Zukunft den kurzzeitigen Weiterbetrieb des veralteten Kanalsystems bei Anschluß der Schultoiletten zu genehmigen, schließt Kinskofer seine Mitteilung.

Nachdem die Regierung die Pläne und Kostenvoranschläge nicht beanstandet hatte, konnte die Stadtverwaltung in der Ausgabe des „Deggendorfer Donauboten“ vom 25. März 1899 die Arbeiten zum Schulhausbau ausschreiben. Zu vergeben waren die Erd-,

Maurer-, Zimmermanns-, Spengler-, Schreiner-, Schlosser-, Hafner-, Glaser- und Malerarbeiten sowie die Einrichtung der Niederdruckdampfheizung ³⁶. Dennoch vergab der Gesamtschulsprengel am 5. April nicht alle ausgeschriebenen Arbeiten, da Schott der Stadt riet, vorerst nur Erd-, Maurer- und Zimmermannsarbeiten zu vergeben. Für die restlichen Arbeiten mußte der Architekt Detailzeichnungen anfertigen, die erst aufgrund der genauen Baupläne gemacht werden könnten. Den Zuschlag erhielt Baumeister Franz Xaver Raith, dem auch die Bauleitung oblag. Dem Protokolle nach sollte der Rohbau bis zum 1. November zum Überwintern fertiggestellt sein. Für jeden Tag über diesen Termin hinaus sollte ein Konventionalstrafe von 50 M gezahlt werden.

Die Frage der Finanzierung war ebenfalls ein Problem, über das nunmehr Klarheit geschaffen werden mußte. Da die Stadt in dem Gebäude auch die Schüler der Gemeinden Deggenu, Fischerdorf und Schaching unterbringen mußte, waren diese Gemeinden zur Mitfinanzierung verpflichtet. Den Anteil jedes Mitbenutzers erhielt man aufgrund des Gesamtsteueraufkommens der einzelnen Gemeinden. Das Bezirksamt errechnete dieses und übermittelte es an die Stadtverwaltung, die die veranschlagten Kosten von 204 000 M aufgliederte:

Gesamtsteuersoll Deggendorf	31214,40 M $\hat{=}$ 162 248,00 M
Gesamtsteuersoll Deggenu	1755,74 M $\hat{=}$ 9 126,10 M
Gesamtsteuersoll Fischerdorf	2080,80 M $\hat{=}$ 10 815,70 M
Gesamtsteuersoll Schaching	4195,99 M $\hat{=}$ 21 810,20 M

Veranschlagte Gesamtkosten ³⁷ 204 000,00 M

Die zu bestreitenden Baukosten sollten zunächst aus Geldmitteln der Sparkasse entnommen und später durch eine Anleihe gedeckt werden ³⁸.

Seit Anfang Mai 1899 sandte Schott regelmäßig Pläne und Detailzeichnungen an den Stadtmagistrat. Dabei stellte er die Verwaltung bzw. den Bauausschuß immer wieder vor Alternativen. So überließ er ihnen die Auswahl zwischen Holz-(Eichen-) und Granittreppen, die Baustofffrage bei den Grundfesten u. a. Obwohl die endgültigen Baupläne nicht mehr aufgefunden werden können, ist sicher, daß diese — zumindest die Ansicht des Knabenschulhauses — im Mai bereits feststand. Im „Deggendorfer Donauboten“ vom 26. Mai 1899 erschien ein Artikel über das neue Schulhaus, dem eine Vorder- und Seitenansicht beigelegt war. Diese sind weitgehend identisch mit der späteren tatsächlichen Ausführung. In diesem Bericht war auch eine Turnhalle angekündigt, die mit einer Fläche von 225 m² gleichzeitig 100 Kindern die Gelegenheit zum Turnunterricht geben sollte.

3. Der Bau des Knabenschulhauses

Am Samstag, dem 15. Juli 1899, fand laut Ankündigung des „Deggendorfer Donauboten“ die Grundsteinweihe zum Bau des Knabenschulhauses statt. Diese nahm im Anschluß an den Schlußgottesdienst für die Volksschule, der in der Pfarrkirche Mariä Himmelfahrt gefeiert wurde, nach feierlicher Prozession zum Knabenschulhausbau der Stadtpfarrer Dekan Leonhard vor ³⁹.

Die Bauarbeiten gingen nunmehr rasch voran. Die Firma Eisenwerk München AG erhielt den Zuschlag zur Installierung der Heizung, während die Spengler-, Schreiner-,

Deggendorfer Donaubote

Erscheint täglich mit Ausnahme der auf einen Sonn- oder Feiertag fallenden Tage. Mit der Feiertagsnummer wird die illustrierte Unterhaltungsbeilage „Sonntagsruhe“ versehen.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1 Mark 50 Pf., in anderer Expedition abgeholt 1 Mark 40 Pf.

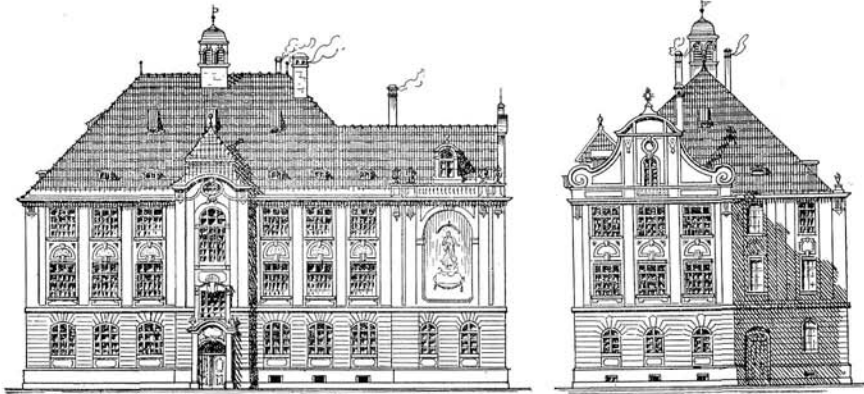
Besamterlicher Redakteur: F. Holzner in Deggendorf.

Druck und Verlag von F. Holzner in Deggendorf.

Redaktion und Expedition:
Burgstraße 22-24.
Filiale: Pferdmarkt (Göschmayr's Buchhandlung).

28. Jahrgang

Preiskarte werden höchstens aufgenommen
und haben weitere Verbreitung.
Preis der vierfach gefalteten Beilage 10 Pfennige.



Das neue Knabenschulhaus in Deggendorf.

Ansicht des neuen Knabenschulhauses nach Plänen von Johann Schott, veröffentlicht im „Deggendorfer Donauboten“ vom 26. Mai 1899

Schlosser-, Hafner-, Glaser-, Maler- und Installationsarbeiten in der Stadtmagistratssitzung erst am 24. Januar 1900 vergeben wurde.

Unklar blieb der Bau der zur Schule gehörigen Turnhalle; zwar begann Baumeister Raith mit Arbeiten dazu, mußte sie aber auf Weisung des Stadtrates einstellen. Am 6. September gründete der Stadtrat eine Kommission, die beauftragt war, für diese Sportstätte einen geeigneten Platz zu finden. Die Turnhalle war zwar geplant (Schott verweist in einem Schreiben auf die von ihm gefertigten Pläne zur Turnhalle neben dem neuen Knabenschulhaus), und es existierte sogar ein eigener Kostenvoranschlag dazu, aber der Bau wurde niemals ausgeführt. Die Gründe dafür sind im Rahmen des untersuchten Themas nicht aktenkundig gemacht.

„Kunst am Bau“

Am Knabenschulhaus jedoch gingen die Bauarbeiten rasch voran, und der Stadtrat war sich sicher, zum Schuljahresbeginn 1900/01 das neue Gebäude zur Verfügung stellen zu können. Im Juli 1900 dachte man daran, die „Kunst am Bau“ nachzufinanzieren.

Am 6. März 1899 bereits erhielt Bürgermeister Kinskofer einen Brief des bekannten Malers Ludwig Kandler. Darin trug sich der Verfasser an, ein für die Schule vorgesehene Fassadenbild „Christus als Kinderfreund“ auszuführen.



Der 1. Entwurf zu dem Fassadengemälde „Jesus der göttliche Kinderfreund“ am neuen Knabenschulhaus von Ludwig Kandler



2. Entwurf zum Fassadengemälde am neuen Deggendorfer Knabenschulhaus von Ludwig Kandler (?)

Ludwig Kandler, geboren am 14. November 1856 in Deggendorf, war ein Sohn des Papiermühlenbesitzers Ludwig Kandler und seiner Frau Karolina. Nach dem Schulbesuch in Metten studierte er in München an der Kunstgewerbeschule und am Polytechnikum. 1878 wurde er in die Naturklasse der Münchner Akademie aufgenommen. 1897 fand Kandler als Hauptlehrer an der Fachabteilung der gewerblichen Fortbildungsschule eine Anstellung.

Bekanntheit erlangte Kandler als Porträt-, Historien- und Genremaler ⁴⁰. Dank seiner Beziehung zu Deggendorf erfuhr er schnell von dem geplanten Fassadenbild. Der Brief, mit dem er sich um die Vergabe des Auftrages bemühte, soll dem Leser nicht vorenthalten werden:

„Hochverehrter Herr Bürgermeister!

Meinem Schwager G. Lipp in Deggendorf verdanke ich die Mittheilung, daß für das neue Schulhaus in Deggendorf auch ein Gemälde biblischen Inhalts: „Christus als Kinderfreund“ vorgesehen ist.

Erlauben Sie gütigst, daß ich mich zu Ausführung desselben höflichst empfehle, und um Ihr Wohlwollen in dieser Angelegenheit bitte.

Konnte Sie am letzten Samstag trotz eifrigen Fahndens weder im Franziskaner noch im Hofbräuhaus hier treffen. Wenn Sie wünschen, werde mich beehren persönlich mich vorzustellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebenster

Ludwig Kandler.⁴¹“

Bei der Kostenvorveranschlagung hatte man mit einem Aufwand von 100 M gerechnet. Um die vorgesehene Fassadenstelle jedoch bemalen zu lassen, waren ca. 1500 M bis 2000 M nötig. Der Schulsprengel lehnte es ab, sich an der Kunst am Bau zu beteiligen, weshalb die Stadt Deggendorf die Regierung von Niederbayern bat, dafür einen Zuschuß von 500 M zu gewähren.

Der erste Entwurf Kandlers stieß jedoch bei den Verantwortlichen auf Ablehnung. Auch der Stadtschulreferent Leonhard wünschte, „daß die 2 nackten Kinder und die halbnackte Mutter leicht bekleidet werden“ ⁴². Kandler fertigte einen zweiten Entwurf des Gemäldes an, der zwar keine moralischen Bedenken der Stadträte hervorrief, aber diesmal nicht die Zustimmung des Stadtkämmerers fand. Der Künstler forderte für seine geänderte Skizze nunmehr einen Mehrpreis von 1200 M gegenüber der ersten. Diese Summe jedoch war den Stadtvätern die Kunst nicht wert, denn in den Bauakten der Knabenschule erscheint mit keinem Wort mehr das Fassadengemälde. Bis 1982 blieb die Stelle, die damals für das Gemälde „Jesus als Kinderfreund“ vorgesehen war, leer, bevor sie im Rahmen von Renovierungsarbeiten für das Stadtmuseum von dem Maler Rudolf Schmid ausgefüllt wurde. Als Motiv griff man eine Idee auf, die bereits 1899 existierte. Damals jedoch beschloß der Gesamtschulsprengelausschuß, „daß statt des Marienbildes auf der östlichen Facade des Schulgebäudes das Bild darstellend ‚Jesus der göttliche Kinderfreund‘ angebracht werden soll“ ⁴³. Für das Marienbild war wahrscheinlich damals bereits der Entwurf angefertigt, der 1982 zur Ausführung kam. Die Vorlage ist im Stadtmuseum Deggendorf aufbewahrt.

Anfang September 1900 konnte man bereits absehen, daß ein pünktlicher Beginn des Schuljahres nicht einzuhalten war. So bat Kinskofer die königliche Regierung, den Schulbeginn auf den 1. Oktober 1900 verlegen zu dürfen, wozu eine kleine Feier geplant war, und zu der auch Vertreter des Regierungsbezirkes geladen waren. Trotz aller Bemühungen konnte auch der 1. Oktober als Termin nicht eingehalten werden, und die Einweihungsfeier mußte um eine Woche auf den 8. Oktober verlegt werden.

In einem in der Zeitschrift „Schulanzeiger für Niederbayern“ erschienenen Artikel lobt der Verfasser das neue Gebäude als eine „Volkserziehungsstätte, die in niederbayerischen Gauen ihresgleichen sucht . . . Nicht so sehr durch Größe und Massigkeit der Verhältnisse imponiert der Neubau, sondern in Zierlichkeit und Gefälligkeit. In allen Formen ist er ein wahres Ideal, ein wahres Schmuckkästchen, bei dessen Schaffung alle technischen und hygienischen Neuerungen zur praktischen Anwendung kommen“⁴⁴. Wie treffend diese Beschreibung ist, davon kann sich der Betrachter auch heute noch überzeugen.

LITERATUR:

- Bekh, Wolfgang Johannes, Johann Baptist Schott, in: *Schönere Heimat*, Zeitschrift des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege e. V., 72. Jahrgang, 1983, Heft 3
Schönecker, Franz, Aus der Schulgeschichte unserer Stadt, in: *Zwölfhundert Jahre Deggendorf 750–1950*, Festschrift zum 1200jährigen Jubiläum der unmittelbaren Stadt Deggendorf, Deggendorf 1950, 146–171

ANMERKUNGEN:

- ¹ Staatsarchiv Landshut, Regierung von Niederbayern 3248 b, 1885–1945, Faszikel 2785/3677, Bericht des k. Regierungspräsidenten an das Referat X vom 04. 07. 1885.
- ² Wie Anmerkung 1, Schreiben der k. Regierung von Niederbayern an den Stadtmagistrat Deggendorf (StMD) vom 12. 08. 1894.
- ³ Stadtarchiv Deggendorf (StAD), P 1 (Ratsprotokolle) 1849/50, fol. 84 r. Siehe auch F. Schönecker, Aus der Schulgeschichte unserer Stadt.
- ⁴ Bayerisches Statistisches Landesamt (Hg.), *Historisches Gemeindeverzeichnis; Die Einwohnerzahlen der Gemeinden Bayerns in der Zeit von 1840 bis 1952*, Heft 192 der Beiträge zur Statistik Bayerns; München 1953.
- ⁵ Wie Anm. 1, Schreiben der Regierung von Niederbayern an den StMD vom 06. 07. 1895.
- ⁶ StAD, Akten Volk 19, Schreiben des StMD an die Regierung von Niederbayern vom 03. 09. 1896.
- ⁷ StAD, P 1, 1896, Sitzung vom 15. 01. 1896.
- ⁸ Wie Anm. 6, Protokoll eines Beschlusses der Gesamtschulsprenkelvertretung vom 26. 03. 1896.
- ⁹ Wie Anm. 6, beglaubigte Abschrift des Protokolls des Gemeinderates Fischerdorf vom 07. 06. 1896.
- ¹⁰ Wie Anm. 6, Schreiben des StMD an die Gemeindeverwaltungen Deggenau, Fischerdorf und Schaching vom 15. 07. 1896.
- ¹¹ Wie Anm. 6, Schreiben der k. Stadtbezirks-Schulinspektion Deggendorf an den StMD vom (präsentiert) 17. 02. 1897.
- ¹² Wie Anm. 6, beglaubigte Abschrift aus dem Gemeinderatsprotokoll der Gemeinde Schaching vom 07. 03. 1897.
- ¹³ Versammlung sämtlicher wahlberechtigter Gemeindeglieder.
- ¹⁴ Bereits 1858, 1859 und 1873 versuchte der StMD, die Gemeinden Deggenau, Fischerdorf und Schaching aus dem Schulsprenkel Deggendorf auszuscheiden bzw. für die eingeschulten Gemeinden eine eigene Schule abzuteilen. Doch jedesmal wehrten sich die betroffenen Gemeinden gegen diese Pläne, und die Regierung lehnte die beantragten Ausschulungen ab.

- ¹⁵ StAD, P 1, 1897, Sitzung vom 12. 05. 1897.
- ¹⁶ Wie Anm. 6, Schreiben der Regierung von Niederbayern an den StMD vom 20. 08. 1897.
- ¹⁷ Wie Anm. 16.
- ¹⁸ StAD, P 1, 1897, Sitzung vom 30. 08. 1897.
- ¹⁹ Wie Anm. 6, Schreiben des StMD an das Staatsministerium des Innern für Kirchen und Schulangelegenheiten vom 03. 09. 1897.
- ²⁰ „Befinden sich in einer Gemeinde oder einer Ortschaft oder in mehreren im Umkreise einer Stunde gelegenen Gemeinden oder Ortschaften zusammen nach einem fünfjährigem Durchschnitte fünf und zwanzig oder mehr schulpflichtige Kinder, welche eine über eine Stunde entfernte Schule besuchen müssen, so können die betreffenden Gemeinden zur Errichtung einer neuen Schule angehalten werden.“ Art. 2, Abs. IV des Schulbedarfsgesetz vom 10. November 1861, in: Karl Weber, Neue Gesetz- und Verordnungen-Sammlung für das Königreich Bayern, 5. Band, 1856 und 1862.
- ²¹ StAD, P 1, 1898, Sitzung vom 09. 02. 1898.
- ²² Wolfgang Beck, Johann Baptist Schott, in: *Schönere Heimat*, 72. Jg., 1983, Heft 3.
- ²³ Wie Anm. 6, Schreiben J. Schotts an den StMD vom 22. 02. 1898.
- ²⁴ Königlich Bayerisches Kreis-Amtsblatt von Niederbayern Nr. 10, 1897.
- ²⁵ Wie Anm. 24.
- ²⁶ StAD, Akten Volk 20, Protokoll der Schulplatzkommissionssitzung vom 04. 03. 1898.
- ²⁷ Wie Anm. 26, Protokoll einer Besprechung vom 08. 03. 1898.
- ²⁸ Wie Anm. 6, Schreiben des StMD an J. Schott vom 25. 04. 1898.
- ²⁹ StAD, P 1, 1898, Sitzung vom 04. 05. 1898.
- ³⁰ Wie Anm. 6, Protokoll der Gesamtschulsprengelvertretung vom 16. 05. 1898.
- ³¹ Wie Anm. 6, Protokoll der Gesamtschulsprengelvertretung vom 23. 06. 1898.
- ³² Wie Anm. 6, Protokoll der Gesamtschulsprengelvertretung vom 17. 07. 1898.
- ³³ Wie Anm. 6, Schreiben des StMD an Schott vom 21. 08. 1898.
- ³⁴ Wie Anm. 6, Protokoll der Gesamtschulsprengelvertretung vom 14. 09. 1898.
- ³⁵ Wie Anm. 6, Kostenberechnung zu den Plänen für ein neues Knabenschulhaus in Deggendorf vom 04. 02. 1899.
- ³⁶ StAD, „Deggendorfer Donaubote“ vom 25. 03. 1899.
- ³⁷ Die veranschlagten Gesamtkosten errechnen sich aus folgenden Posten:
- | | |
|----------------------------------|-----------|
| Baukosten laut Kostenvoranschlag | 170 000 M |
| Kauf des Weber-Anwesens | 19 500 M |
| Kauf des Stern-Anwesens | 7 500 M |
| Areal des Schulhofes | 7 000 M |
| <hr/> | |
| Gesamtkosten | 204 000 M |
- ³⁸ StAD, P 1, 1899, Sitzung vom 26. 04. 1899.
- ³⁹ StAD, „Deggendorfer Donaubote“ vom 14. 07. 1899.
- ⁴⁰ Die Lebensdaten Ludwig Kandlers stammen von einer Info-Tafel, die anlässlich einer Kandler-Ausstellung im Stadtmuseum aufgebaut war.
- ⁴¹ StAD, Akten Volk 22, Schreiben des Kunstmalers Ludwig Kandler an den StMD vom 06. 03. 1899.
- ⁴² Wie Anm. 1, Schreiben des StMD an die k. Regierung von Niederbayern, o. Z.
- ⁴³ StAD, Akten Volk 19 a, Protokoll des Gesamtschulsprengelausschusses vom 01. 03. 1899.
- ⁴⁴ J. Buchner, Das neue Knabenschulhaus in Deggendorf, Zeitungsausschnitt im Akt Volk 20, o. O., o. Z.; der Artikel wurde dem „Schulanzeiger für Niederbayern“ entnommen, in der Zitierweise der Zeitung jedoch keine näheren Angaben über Jahrgang und Nummer gemacht.